

**Rede von Tobias Schunk im Namen des
Saarländischen Flüchtlingsrates**



Kundgebung

Samstag, 25. Februar 14 Uhr

Solidarität mit Geflüchteten

Willkommen statt Ausgrenzung

Containerdorf Ensdorf stoppen

Liebe Freundinnen und Freunde,

auch im Namen des Saarländischen Flüchtlingsrates möchte ich alle zur heutigen Kundgebung begrüßen. Schön, dass ihr da seid.

Für uns ist dieses Containerlager ein weiterer Baustein in einer desolaten und fantasielosen Flüchtlingspolitik im Saarland. Im Grunde ist das keine Politik. Jedenfalls nicht im Sinn von Gestalten und Lösungen finden im Interesse der Menschen.

Die Unmenschlichkeit der saarländischen Flüchtlingspolitik zeigt sich:

- in routinierten Abschiebungen
- in der Nicht-Arbeit der Zentralen Ausländerbehörde
- in der Behinderung des Rechtsanspruchs auf Familienzusammenführung
- oder in der Tristesse des Lagers Lebach

Seit 2004 kämpft der Saarländische Flüchtlingsrat gegen die krankmachende Unterbringung von Geflüchteten im Lager Lebach. Und noch jede Landesregierung seitdem hat die dort herrschenden menschenunwürdigen Verhältnisse mitgetragen. Nicht genug damit. Jetzt kommt noch dieses Containerlager hier in Ensdorf dazu. Sozusagen Lager Lebach 2.0. Nur noch schlimmer!

Nein, liebe Freundinnen und Freunde, das Containerdorf ist keine Lösung! Lösung heißt für uns: Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen und in anständigen Unterkünften in den Kommunen. Lösungen haben auch etwas damit zu tun, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

In einer Gesellschaft:

- ohne Flüchtlingslager
- ohne Abschiebungen und Abschiebegefängnisse
- ohne bürokratische Drangsalierung von Geflüchteten
- ohne Rassismus

Selbstverständlich ist das machbar.

Allerdings: Die Entscheidung für das Containerdorf ist die Entscheidung für die alte Bouillonsche Abschreckungspolitik. Es ist eine Entscheidung gegen das Recht auf Selbstbestimmung. Im Containerdorf wird - wie im Lager Lebach - das Sachleistungsprinzip herrschen und die dort untergebrachten Menschen werden unter der Fuchtel eines Sicherheitsdienstes schon optisch vom Rest der Gesellschaft isoliert.

Privatsphäre? Fehlanzeige!

Gesellschaftliche Teilhabe? Fehlanzeige!

Statt der von uns seit Jahren geforderten asylpolitischen Abrüstung wird hier in Emsdorf die Ausgrenzung von Geflüchteten weiter festgeschrieben. Deshalb: Nehmt das nicht hin!

Für dieses Containerlager gibt es keine vernünftige Rechtfertigung. Punkt. Die Entscheidung dafür entspringt einer hysterisch aufgeladenen Diskussion. Fast täglich sind wir damit konfrontiert:

- dramatische Lage in den Kommunen
- Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand
- Notstand
- Kommunen am Limit
- Krisengipfel usw. usf.

Das ist nicht neu. Die Warnungen vor der Überlastung der Kommunen ist ein wiederkehrendes Motiv in Zeiten hoher Zuwanderung. Was wir heute erleben, gab es 2015 und 1991 auch.

Dramatische Lage...Krise...Notstand. Dieses Gerede führt nicht zu Problemlösungen sondern ist kompatibel mit rassistischen Bedrohungsszenarien wie „Das Boot ist voll“ und spielt der AfD und den Neonazis direkt in die Hände.

Und tatsächlich: Überfälle, Anschläge, Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und Geflüchtete sind wieder an der Tagesordnung. Wie damals, 1991. Als Samuel Yeboah bei einem rassistisch motivierten Brandanschlag ermordet wurde.

Für uns ist es inakzeptabel, wenn Innenminister Jost das rechte Narrativ von den undankbaren Geflüchteten bedient. Gleich mehrmals behauptete er als Reaktion auf die Kritik am Containerlager, die Container seien voller Dankbarkeit und Freude von den Opfern der Flutkatastrophe im Ahrtal in Anspruch genommen worden. Die Funktion einer solchen Aussage ist Stimmungsmache. Und entsprechend schallte es aus den sozialen Medien zurück: „Anspruchsdenken“, „sollen froh sein, wenn sie ein Dach über dem Kopf haben“, „können froh sein, wenn sie Unterkunft und Verpflegung in sicherer Umgebung erhalten“, „fehlt etwa der Luxus?“, „ein wirklich echter Flüchtling hat damit keine Probleme“ usw. Alle Zitate stammen übrigens aus Kommentaren auf der Facebook-Seite der Saarbrücker Zeitung.

Keine Frage. Die Situation in den Kommunen ist schwierig. Aber doch nicht erst seit heute. Dass es kaum noch sozialen Wohnraum gibt, ist das Ergebnis einer seit Jahren betriebenen neoliberalen Politik. Anders gesagt: Der Rückzug der öffentlichen Hand aus der sozialen Wohnungspolitik war politisch gewollt und genau das ist der Skandal. Heute ist das Saarland beim Bestand und beim Neubau von Sozialwohnungen bundesweites Schlusslicht. Für diesen Zustand trägt die SPD Mitverantwortung, der SPD Wahlslogan „Soziale Politik für dich“ – hat in der Realität in Bezug auf den sozialen Wohnungsbau nicht stattgefunden.

Gleichzeitig gibt es im Saarland einen enorm hohen Leerstand von privaten Wohnungen. Nach unseren Schätzungen lag die Zahl Ende 2021 bei 23.000 Wohnungen. Diese Zweckentfremdung von Wohnraum durch Leerstand ist genauso ein Skandal. Von den politisch Verantwortlichen erwarten wir, dass sie den existierenden freien Wohnraum für alle, die ihn brauchen, nutzbar machen.

Um es klar zu sagen: Die schwierige Situation in den Kommunen und die politischen Fehler der Vergangenheit sind das eine. Sie aber auf dem Rücken derer auszutragen, die

ihre Länder wegen Krieg und Not verlassen mussten ist purer Rassismus.

Und noch etwas: Mit dem Containerlager betreibt die Saar-SPD eine Politik der Spaltung. Das wäre ja durchaus eine neue Bedeutung für SPD: Statt für „Soziale Politik für dich“ steht SPD wohl eher für „Spaltung in Deutschland“.

- Spaltung durch Ausgrenzung, indem Geflüchtete räumlich vom Rest der Gesellschaft isoliert werden.

- Spaltung entlang der Herkunft: Zum Beispiel sollen hier im Containerdorf Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan untergebracht werden, aber keine ukrainischen Geflüchteten.

- Spaltung in Asylsuchende erster und zweiter Klasse: Zum Beispiel sollen hier im Containerdorf laut Innenminister Jost Geflüchtete mit einer guten „Bleibeperspektive“ untergebracht werden; was immer das heißt, denn dieser Begriff ist eine tendenziöse Wortschöpfung, die dem Individualrecht auf Asyl widerspricht.

Wir wären einen deutlichen Schritt weiter in Richtung Willkommen und Solidarität, wenn für alle Geflüchteten das möglich wäre, was aktuell nur bei Geflüchteten aus der Ukraine möglich ist: direkte Verteilung auf die Kommunen, keinen längeren Aufenthalt im Lager Lebach, direkter Zugang zu Arbeit, Sozialleistungen und Integrationskursen. Und wenn wir alle sagen, meinen wir alle, ohne Ausnahme, ohne Sortieren nach Herkunft und angeblicher Bleibeperspektive. Solidarität ist unteilbar!

Liebe Freundinnen und Freunde, für den Saarländischen Flüchtlingsrat ist die Aufnahme von Geflüchteten keine finanzielle Frage oder die eines guten Krisenmanagements. An der Aufnahme von Geflüchteten wird deutlich, inwieweit sich Politik und Gesellschaft insgesamt an Menschenrechten orientieren. Deshalb appellieren wir von hier aus erneut an die SPD-Landesregierung, das Containerdorf in Ensdorf nicht in Betrieb zu nehmen und das Lager Lebach endlich aufzulösen. Wohl wissend, dass sich ohne politischen Druck an der Haltung der Landesregierung nichts ändern wird.

In diesem Sinn lasst uns weiter Druck machen: Für Menschenrechte, Selbstbestimmung und eine offene und freie Gesellschaft ohne Lager und Abschiebungen. Es lohnt sich!